

Entwurf, 16. Juli 2016



Einordnung und Bewertung der Antworten der Parteien auf die Wahlprüfsteine Archäologie zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern am 4. Sept. 2016 durch die Deutsche Gesellschaft für Ur- und Frühgeschichte e.V.

DGUF-Büro
An der Lay 4
D - 54578 Kerpen-Loogh
Tel.: 06593 - 98 96 42
Fax: 06593 - 98 96 43
Email: buero@dguf.de
Web: www.dguf.de

Einordnung und Bewertung der Parteien-Antworten zum Thema „Wiedereinrichtung eines archäologischen Landesmuseums in Mecklenburg-Vorpommern“

Seit fast 25 Jahren fehlt dem Land Mecklenburg-Vorpommern – als einzigem deutschen Bundesland – ein allen Bürgern zugängliches Archäologisches Landesmuseum als ein Leuchtturm der Landesarchäologie und als Ort nationaler und internationaler Ausstellungen. Man darf das einen Skandal nennen. Immerhin wurden zuletzt handfeste Schritte für eine Heilung dieses Missstandes unternommen: Ein zentrales Fundarchiv wurde in Schwerin eingerichtet und mit der Wiederbelebung und Verlagerung der Professur für Ur- und Frühgeschichte von Greifswald an die Universität Rostock scheinbar auch eine personelle Perspektive für das neue Landesmuseum geschaffen. In ihren Antworten auf die Wahlprüfsteine sprechen sich alle Parteien für die Einrichtung des Landesmuseums aus: das ist erfreulich! Aber ist es auch beruhigend? Was bei all dieser Einigkeit und vorgeblichen Tatkraft der Politik auffällt: (1) In der Standortfrage besteht weiterhin kein parteiübergreifender Konsens. Das Ergebnis des kurz vor Beginn des Landtagswahlkampfes präsentierten Gutachtens des SPD-Ministers, das sich eindeutig für den Standort Rostock ausspricht, wird von CDU, Bündnis 89/Die Grünen und FDP nicht ohne weiteres geteilt. (2) Ein konkreter Eröffnungstermin wird – gerade auch seitens der SPD – nicht genannt. (3) Die Doppelfunktion des neu an die Universität Rostock berufenen Prof. Dr. Hans-Jörg Nüsse, der neben seinen üblichen universitären Pflichten auch das wissenschaftliche Konzept für das Landesmuseum entwickeln und – so die SPD – auch "der Unterwasserarchäologie besondere Aufmerksamkeit schenken" soll, ist eher ein Sparbrötchen als eine zukunftsweisende Lösung. Zudem lässt die Antwort der SPD erkennen, dass die finanzielle Ausstattung dieser neuen Professur bislang nur für drei Jahre gesichert ist.



Kurz: die Weichen für die Wiedereinrichtung eines Archäologischen Landesmuseums in Mecklenburg-Vorpommern sind gestellt. Aber ohne die nachhaltige Beobachtung der Politik durch eine engagierte Öffentlichkeit und bürgerliche Initiativen wie der IPAL könnte das Vorhaben weiterhin auf die lange Bank geschoben werden.



DGUF-Büro
 An der Lay 4
 D - 54578 Kerpen-Loogh
 Tel.: 06593 - 98 96 42
 Fax: 06593 - 98 96 43
 Email: buero@dguf.de
 Web: www.dguf.de

Die DGUF-Wahl-Ampel zum Wahlprüfstein „Landesmuseum“:



Einordnung und Bewertung der Parteien-Antworten zum Thema „Personelle Ausstattung der Landesarchäologie“

Nach der Wende wurde in allen neuen Bundesländern der öffentliche Sektor stark beschnitten, u.a., weil er zuvor im Vergleich zu den alten Bundesländern recht personalstark war. So wurde auch in Mecklenburg-Vorpommern die Personalausstattung im Kulturbereich inklusive der Archäologie stark zurückgefahren, ein Prozess, der weiterhin anhält. Nach bundesweiten Erhebungen in den Jahren 2008 und 2014 war und ist Mecklenburg-Vorpommern inzwischen das Bundesland mit der geringsten Anzahl an Archäologen pro Fläche und bildet, bezogen auf die Bevölkerungszahl, zusammen mit Bremen und dem Saarland das Schlusslicht in Deutschland. Es alarmiert, wenn angesichts dieser Lage die CDU und NPD der Frage ausweichen und die SPD am weiteren Rückbau auch in der Archäologie festhält und für die neue, zusätzliche Aufgabe Archäologisches Landesmuseum salopp davon ausgeht, dass zusätzliches Personal zur Verfügung stehen wird. Während die FDP zunächst eine langwierige Grundsatzdebatte führen will, signalisieren einzig Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen realitätsnah, dass vom Ist-Zustand ausgehend ein Zuwachs an Personal notwendig ist. Allein für das neu geschaffene Landesmuseum sind – bescheiden und seriös zugleich kalkuliert – ca. 12 Stellen nötig, davon zusätzlich zur Direktion etwa 3 Wissenschaftlerstellen. Aus Sicht der DGUF ist der Gedanke, man könne ein Archäologisches Landesmuseum auf gut Glück ohne



Personalkonzept hochziehen, weltfremd, oder das bewusste Vertagen einer notwendigen Debatte.



DGUF-Büro
An der Lay 4
D - 54578 Kerpen-Loogh
Tel.: 06593 - 98 96 42
Fax: 06593 - 98 96 43
Email: buero@dguf.de
Web: www.dguf.de

Die DGUF-Wahl-Ampel zum Wahlprüfstein „Personalausstattung Archäologie“:



Einordnung und Bewertung der Parteien-Antworten zum Thema Verursacherprinzip

Das Verursacherprinzip führt dazu, dass nicht die Steuerzahler insgesamt, sondern diejenigen, die eine Denkmalzerstörung auslösen und von ihr wirtschaftlich profitieren, die Kosten der notwendigen Rettungsgrabung einschließlich der Grabungsfolgekosten bezahlen. Die FDP möchte die Verfassungskonformität dieses bewährten Prinzips überprüfen, sprich: daran rütteln – was in Konsequenz Archäologie wieder vollends zur Aufgabe der öffentlichen Hand machen würde. Aus Sicht von CDU und SPD ist der Ist-Zustand der Archäologie in Mecklenburg-Vorpommern gut und ohne Änderungsbedarf. Nur Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen erkennen Defizite, die sie bereinigen möchten. Die Linke beabsichtigt dazu, den Personalstand zu erhöhen, Bündnis 90/Die Grünen wollen den gesetzlichen Zustand auf Vollzugsdefizite hin überprüfen und betonen die Bedeutung der Veröffentlichung von Grabungsberichten. Die DGUF begrüßt die Haltung Der Linken und von Bündnis 90/Die Grünen, dass sie nicht nur Gesetze erlassen und regieren wollen, sondern auch den Gesetzesvollzug überprüfen wollen, um ggf. nachzujustieren.

Die DGUF-Wahl-Ampel zum Wahlprüfstein „Verursacherprinzip“:



Einordnung und Bewertung der Parteien-Antworten zum Thema „UNESCO-Konvention Kulturerbe unter Wasser“



DGUF-Büro
An der Lay 4
D - 54578 Kerpen-Loogh
Tel.: 06593 - 98 96 42
Fax: 06593 - 98 96 43
Email: buero@dguf.de
Web: www.dguf.de

In vorbildlicher Weise schließt das Denkmalschutzgesetz von Mecklenburg-Vorpommern auch Denkmäler vor der Küstenlinie, also unter Wasser, ein. Doch die Landeszuständigkeit endet – wie vor allem Bündnis 90/Die Grünen einräumen – jenseits der 12-Meilen-Zone, d. h. ca. 22 km vor der Küstenlinie. Insbesondere in einem flachen Meer wie der Ostsee kann schützenswertes Kulturgut jedoch auch weiter in die See hinein vorkommen. Von den bis dato 15.600 registrierten Unterwasser-Denkmalern im ganzen Ostseegebiet liegen nur 9.000 Objekte (58 %) innerhalb der jeweiligen 12-Meilen-Zonen und sind hinreichend geschützt, in Mecklenburg-Vorpommern sind das allein 1.000 Objekte. Die Rechtslage weiter ins Meer hinaus („Ausschließliche Wirtschaftszone“) ist offen, da der Bund die einschlägige UNESCO-Konvention, die 2009 in Kraft getreten ist, bislang nicht unterzeichnet hat. Die DGUF begrüßt das Problembewusstsein, das die Antworten von Linken, Bündnis 90/Die Grünen und FDP in dieser Sache erkennen lassen und insbesondere ihr Vorhaben, Druck auf den Bund auszuüben, die genannte Konvention zu zeichnen und umzusetzen.

Die DGUF-Wahl-Ampel zum Wahlprüfstein „UNESCO-Konvention Unterwassererbe“:



Einordnung und Bewertung der Parteien-Antworten zum Thema Volontariate

Das hierzu in den Wahlprüfsteinen der DGUF formulierte Anliegen ist weder ein direkt rechtliches noch ein vorwiegend finanzielles Problem. Vielmehr geht es um die Praxis, d. h. wie bestehende Stellen, Finanzen und Regularien tatsächlich ein- und umgesetzt werden. Wenn in Ausnahmefällen einem als Volontär Beschäftigten die zugehörigen Aus- und Weiterbildungselemente verweigert werden, handelt es sich faktisch um eine erheblich unterbezahlte Anstellung als Wissenschaftler. Die betroffenen Beschäftigten haben es verständlicherweise schwer, sich dagegen zu wehren, weshalb die von der CDU nahegelegte individuelle arbeitsrechtliche Lösung ebenso korrekt wie weltfremd ist. Daher bedarf es für alle Volontariate eines klaren Bekenntnisses des Landes zu dem



2009 vom Deutschen Museumsbund e.V. formulierten "Leitfaden Volontariat" und landesweit einheitlicher Verfahren zur Prüfung deren Einhaltung. Die DGUF begrüßt die klaren Aussagen von SPD, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und FDP zu diesem Thema, umso mehr, als alle auf die Bedeutung einer Mitwirkung der Fachverbände bei diesen Fragen betonen und diese dazu einladen. Erfreut nehmen wir zur Kenntnis, dass die CDU unterfinanzierte Institutionen dazu ermuntert, ihre Sorgen offensiv vorzutragen.



DGUF-Büro
 An der Lay 4
 D - 54578 Kerpen-Loogh
 Tel.: 06593 - 98 96 42
 Fax: 06593 - 98 96 43
 Email: buero@dguf.de
 Web: www.dguf.de

Die DGUF-Wahl-Ampel zum Wahlprüfstein „Volontariate“:



Die Wahlprüfsteine erarbeiteten die Deutsche Gesellschaft für Ur- und Frühgeschichte e.V. (DGUF); die Initiative Pro Archäologisches Landesmuseum (IPAL); die Deutsche Gesellschaft zur Förderung der Unterwasserarchäologie e.V. (DEGUWA); der Arbeitskreis Volontariat beim Deutschen Museumsbund e.V. Eine Dokumentation mit den vollständigen Antworten aller Parteien und eine kurze Synthese der Parteiantworten finden Sie auf www.DGUF.de
 Kontakt: vorstand@dguf.de

